

Unter anderem in dieser Ausgabe:

NACHRUF: IN TIEFER TRAUER UM DIETMAR PELLMANN s. 3

BERICHTE: AFGHANISTAN, GIRL'S DAY & KNAST-DEBATTE s. 4 & 5

STADTPARTEITAG: BERICHT VON DER 3. TAGUNG s. 7

LVV SACHSEN: 3 LEIPZIGER*INNEN AUF DER LISTE s. 8

Veranstaltungstipp

Drogenpolitik im Fokus

Der Polizist und Bundestagsabgeordnete Frank Tempel diskutiert mit dem frisch gebackenem Landtagsabgeordneten René Jalaß (Sozialarbeiter) über linke Drogenpolitik.

Mo. 12.06. ab 19:00 Uhr - siehe letzte Seite

Mitteilungsblatt

Ausgabe 05/2017

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



Bild: DIE LINKE. Sachsen

Auf in den Wahlkampf!

William Rambow Was, wo und wie laufen wird

Wichtige Info schon mal vorweg für alle, die's noch nicht wussten: am 24. September ist Bundestagswahl. Das bedeutet wiederum für die kommenden Monate – Wahlkampf! Im Januar haben wir als Stadtverband die Basis geschaffen, indem wir Franziska Riekewald im Norden und Sören Pellmann im Leipziger Süden als Direktkandidat*innen bestimmt haben. Ende April folgte der Landesverband, indem die Landesliste gewählt wurde. Dabei landete mit Tilman Loos ein Leipziger auf Listenplatz 8, gefolgt von Franziska auf 9 und Elisa Gerbsch, ebenfalls aus Leipzig, auf Listenplatz 13.

In den kommenden Monaten ist es nun also unsere gemeinsame Aufgabe, für ein starkes LINKES Ergebnis in Leipzig zu kämpfen. Seit Anfang des Jahres arbeitet der Wahlstab. Seitdem waren Maximilian Protzner und ich als Wahlstabsleiter sowie Franziska und Sören als Direktkandidat*innen, in den Stadt-

bezirksverbänden und Basisorganisationen unterwegs, um euch auf die Bundestagswahl einzustimmen und um wiederum ein Gefühl zu bekommen, welche Themen euch aktuell bewegen. Wir tun das natürlich gern auch weiterhin!

Beim Bundestagswahlkampf ist auch der Bund für vieles zuständig: unter anderem werden die Themenplakate durch das Bundeswahlbüro unter Leitung von Bundeswahlkampfleiter Matthias Höhn, gemeinsam mit der beauftragten Agentur DiG/trialon, entwickelt. Ende Mai wird Matthias Höhn dann die Kampagne im Wahlplenum, dem „Wahl-Gremium“ auf Landesebene, vorstellen. Am 15. Juni laden wir ab 18 Uhr alle Leipziger Aktiven ins Liebknecht-Haus zum ersten stadtweiten Offenen Aktivenplenum ein. Dort wollen wir euch die Kampagne vorstellen und die Wahlkämpfer*innen auf den Wahlkampf einstimmen. Auch gute Ideen für einen kre-

ativen Wahlkampf sind immer gern gesehen. Wer Veranstaltungsideen hat, die die Regeln des „klassischen Wahlkampfs“ aufbrechen, ist herzlich eingeladen, diese beim Aktivenplenum einzubringen.

Die Inhalte des Wahlkampfes werden am 10./11. Juni auf dem Bundesparteitag mit dem Beschluss des Wahlprogramms festgelegt. In zahlreichen Regionalkonferenzen haben Bundes- und Landesverband bisher die Möglichkeit geboten, sich am Erarbeitungsprozess zu beteiligen bzw. Änderungsanträge zu erarbeiten, was auch rege genutzt wurde. Auf den Bundesparteitag folgend, wird es eine Aktionswoche geben, bei der DIE LINKE bundesweit versucht, Bürger*innen auf die Inhalte ihres Wahlkampfes aufmerksam zu machen.

Für Wahlkampfanfänger*innen oder Altgediente, die ihr Wissen auffrischen möchten, ist das Wochenende 24./25. Juni was zum



Reihe: Partei erklärt

diesmal: Wahlen

innerhalb der Partei

Tilman Loos In einer demokratischen Partei wird ständig gewählt. Dabei lassen sich die Wahlfunktionen grob in zwei Arten unterscheiden:

- a) Wahlen für Funktionen innerhalb der Partei
- b) Wahlen, um Kandidat*innen für öffentliche und staatliche Wahlen aufzustellen

Die Funktionen innerhalb der Partei lassen sich wiederum grob in drei Arten der Funktionen unterscheiden:

- 1. Ämter und Funktionen in der Partei, so z. B. für Vorstände der verschiedenen Ebenen (Partei Vorstand: Bundesebene, Landesvorstand: Landesebene, Stadtvorstand: Kreisebene, Stadtbezirksvorstand: Ortsverbandsebene) sowie ständige Kommissionen und Gremien wie Bundesfinanzrevisionskommission, Bundesschiedskommission usw.
- 2. Funktionen mit Beschränkung auf einzelne Versammlungen, z. B. die Wahl einer Wahlkommission für einen Parteitag
- 3. Mandate im Rahmen von Delegierungen, also z. B. Delegierte für Bundes- oder Landesparteitage

Die meisten Wahlen sind innerhalb von DIE LINKE für eine Dauer von zwei Jahren ausgelegt, danach wird neu gewählt.

In unserer Partei gelten für alle Wahlen die Regeln der Wahlordnung, die vom Bundesparteitag beschlossen wird. Diese gibt Grundsätze vor, die immer gelten. Diese sind:

- freie Wahlen: jede*r kann sich entscheiden, wie er/sie will;
- geheime Wahlen: es wird verdeckt gewählt, das erzwingt das Vorhandensein von Wahlkabinen;
- gleiche Wahlen: jede Stimme zählt gleich viel);
- Ankündigung: Wahlen müssen vorher angekündigt werden;
- Quotierung: Mindestens 50 % der jeweils zu vergebenden Plätze sind für Frauen reserviert.

Bei dem Grundsatz der geheimen Wahl gibt es eine Ausnahme, so werden die Mitglieder der Kommissionen auf Parteitag meist in offener Abstimmung gewählt.

Um die Quotierung zu gewährleisten, werden Wahlen meist in zwei verschiedenen Listen durchgeführt. Zuerst steht immer nur die Hälfte der Plätze zu Wahl, die den Frauen vorbehalten ist. Dies ist die „Liste zur Sicherung der Mindestquotierung“. Danach findet ein Wahlgang für die verbleibenden Plätze statt („gemischte Liste“), für die alle kandidieren können, da die Quotierung eine Mindestquotierung ist, aber keine Maximalquotierung.

Vormerken: unter Regie des Bundesverbandes wird in Leipzig eine Wahlkampfeschulung stattfinden. Wer Interesse hat, daran teilzunehmen, melde sich bitte unter kontakt@dielinke-leipzig.de an. Über den Ort und genauen Ablauf werden wir zeitnah informieren. Der große Höhepunkt des Juli sind unzweifelhaft die große CSD-Parade und das Straßenfest am Samstag, dem 15. Juli. Auch in der CSD-Woche vom 07.-14. Juli wird es einige Veranstaltungen von der LINKEN geben. Und kaum ist der CSD vorbei, beginnt auch langsam die heißere Wahlkampfphase. Ende Juli wird die Kampagne der LINKEN der Presse vorgestellt, danach werden die Plakate ausgeliefert. Am 13.08. beginnt die 6-Wochen-Phase, in der Parteien Plakate für die Wahl hängen dürfen – an diesem Tag heißt es dann: „Alles, was klettern kann, rauf auf die Leitern!“.

Wer gern viel Rad fährt oder gern so tut, halte sich den 12. August frei: gemeinsam mit dem Stadtverband Halle und den umliegenden Kreisverbänden organisiert DIE LINKE. Leipzig eine Sommerradtour. Ab 10 Uhr radeln wir gemeinsam gemütlich Richtung Norden,

um dann um 15 Uhr mit den Radtouren aus Halle, Delitzsch und Merseburg in Schkeuditz zusammenzutreffen und den Tag mit einem kleinen Fest ausklingen zu lassen.

Ab da heißt es dann sechs Wochen lang: Infostände organisieren, Sommerfeste feiern, Flyer stecken. Dabei können wir als Wahlstab jede helfende Hand (gern auch zwei) gebrauchen. Zum einen, Genoss*innen in den Basisorganisationen und den Stadtbezirksverbänden „wahlkämpfen“, zum anderen aber auch engagierte Menschen, die bereit sind, im gesamten Stadtgebiet einzuspringen und dort, wo Kräfte fehlen, zu helfen. Wer dafür auf dem Laufenden gehalten werden möchte, möge seine/ihre Kontaktdaten an kontakt@dielinke-leipzig.de senden, um in den „Wahlkampf-Verteiler“ aufgenommen zu werden. Den feierlichen Abschluss gibt es am 21. September mit der zentralen Abschlussveranstaltung der Landesverbände Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Mit Inhalt, Promis und Party wollen wir dann und im darauf folgenden 48-Stunden-Wahlkampf zeigen: am 24. September kann man nur DIE LINKE wählen!

Gute Arbeit reorganisieren

Jutta Krellmann Sicher, tariflich bezahlt und mitbestimmt

Die Arbeitsmarktreformen der letzten 20 Jahre haben zur Erosion des Normalarbeitsverhältnisses beigetragen: Während Vollzeitjobs beständig abgebaut werden, hat sich der Anteil prekärer Beschäftigung parallel insgesamt verdoppelt: Befristungen haben sich verdreifacht, Leiharbeit vervierfacht und Minitelzeit verdoppelt. Fast ein Viertel aller Beschäftigten bezieht Niedriglohn, Einkommen aus Vermögen und Unternehmensgewinnen lassen die Arbeitseinkommen beim Zuwachs nach wie vor weit hinter sich. Mittlerweile üben 2,5 Mio. Beschäftigte zusätzlich zu ihrem Hauptjob noch einen Minijob aus – Tendenz steigend. Gleichzeitig wird durch das fortschreitende Lohndumping die Subventionierung der Wirtschaft durch die Hintertür vorangetrieben: Letztes Jahr mussten 1,24 Mio. Beschäftigte ihren Lohn aufstocken, die Hälfte von ihnen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Es braucht eine starke LINKE, um Strategien gegen Lohndumping und prekäre Beschäftigung voranzutreiben. Diese schaden nicht nur den Beschäftigten in Deutschland, sie drängt Kolleginnen und Kollegen in ganz Europa an den Rand der Existenz.

Die Verteilung von Arbeitszeit und deren Entlohnung sind dabei zentrale Aspekte. Das Arbeitsvolumen ist in den letzten 20 Jahren gleich geblieben. Überstunden und Mehrarbeit in Milliardenhöhe machen deutlich: Es gibt nicht zu wenig Arbeit, sie ist nur falsch verteilt. Daher brauchen wir eine gesell-

schaftliche Debatte um die Verteilung der Arbeit. Eine Verkürzung der Arbeitszeit muss daher zwingend bei vollem Lohnausgleich stattfinden. Diese Debatte müssen wir breit führen. Unsere Gewerkschaften können hierzu einen Aufschlag machen, denn ohne sie wird eine Arbeitszeitverkürzung nicht umzusetzen sein. Von oben herab wird eine Arbeitszeitverkürzung nicht gelingen, wir brauchen die Akzeptanz in der Gesellschaft und besonders bei den Beschäftigten.

DIE LINKE setzt hierzu als Impuls auf die Reduzierung der gesetzlichen Wochenhöchst Arbeitszeit, kombiniert mit der Forderung nach einer Antistressverordnung und zwingender Mitbestimmung über Arbeitsablauf, -organisation und -umfang. Darüber hinaus streiten wir für soziale Standards in der Arbeitswelt: Sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen und Kettenbefristungen müssen abgeschafft, Leiharbeit perspektivisch verboten und Werkverträge streng reguliert werden. Die Tarifbindung wollen wir stärken und Betriebsräte von Union Busting schützen. Die Debatte, wie und wie viel wir in Zukunft arbeiten wollen, darf nicht ohne uns und ohne unsere Positionen geführt werden. Dafür brauchen wir mündige Beschäftigte, kämpferische Mitbestimmung in den Betrieben und Unternehmen und eine selbstbewusste Gewerkschaftsbewegung.

DIE LINKE. Leipzig trauert um Dr. Dietmar Pellmann

Adam Bednarsky Am Morgen des 2. Mai erfuhren wir, dass Dr. Dietmar Pellmann völlig überraschend und viel zu früh im Alter von 66 Jahren verstorben ist. DIE LINKE. Leipzig verliert mit ihm nicht nur einen früheren Vorsitzenden (1994 – 2001), sondern eine Persönlichkeit, die über fast drei Jahrzehnte das Profil unseres Stadtverbandes maßgeblich prägte.

Dr. Dietmar Pellmann kämpfte als engagierter Sozialpolitiker immer für die Menschen, die soziale und wirtschaftliche Nachteile und Armut in dieser Gesellschaft erleben müssen. Als Leipziger Stadtrat (1991-2009) und Sächsischer Landtagsabgeordneter (1999-2014) vertrat er parlamentarisch unseren Stadtverband und genoss ob seiner Expertise weit über die Reihen der eigenen Partei hinaus in Leipzig und Sachsen Respekt und Anerkennung. Auch nach dem Ausscheiden aus dem Landtag engagierte sich Dr. Dietmar Pellmann als Mitglied des Stadtvorstandes mit vollem Herzblut beispielsweise als sozialpolitischer Berater der Landtagsfraktion oder als Initiator einer Kampagne zum Thema: „Die Rente geht uns alle an.“ im Leipziger Stadtverband.

Dr. Dietmar Pellmann wurde mitten aus dem Leben gerissen. Noch am Samstag vertrat er aktiv die Leipziger LINKE auf dem Landesparteitag und der Landesvertreterversammlung. Wir sind zutiefst bestürzt und sehr traurig. Er hinterlässt eine schmerzliche Lücke, die kaum zu schließen sein wird. Unser Mitgefühl gehört der Familie. Die Leipziger LINKE wird Dr. Dietmar Pellmann für immer ein ehrendes Andenken bewahren. Dazu erklärt Adam Bednarsky Vorsitzender DIE LINKE. Leipzig und Leipziger Stadtrat: „DIE LINKE. Leipzig wird seinen Kampf für eine soziale und gerechte Gesellschaft fortführen. Dr. Dietmar Pellmann hatte immer den Mut, sich mit den Mächtigen anzulegen. Dieses Engagement weiterzuführen, ist für unsere Partei die passende Art und Weise, ihm zu gedenken.“

Der Stadtverband plant eine Gedenkveranstaltung zur angemessenen Würdigung seines politischen Lebenswerks, über Zeit und Ort werden wir Sie entsprechend informieren.

In tiefer Trauer und in Gedanken bei den Angehörigen.



In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von unserem Genossen

Dr. sc. phil. Dietmar Pellmann

* 19. Dezember 1950 † 2. Mai 2017

DIE LINKE. Leipzig verliert mit Dietmar Pellmann unerwartet und viel zu früh eine Persönlichkeit, die als Stadtvorsitzender, als Stadtrat, als Landtagsabgeordneter und anerkannter Sozialpolitiker fast drei Jahrzehnte das Profil unseres Stadtverbandes und unserer Stadtratsfraktion maßgeblich mit prägte. Sein Tod hinterlässt eine schmerzliche Lücke, die kaum zu schließen sein wird.

Unser Mitgefühl gehört der Familie. Wir werden dem aufrechten Sozialisten stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet am Freitag, dem 19. Mai 2017, um 13:30 Uhr auf dem Südfriedhof statt.

Adam Bednarsky
DIE LINKE. Leipzig

Sören Pellmann
DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat zu Leipzig



Afghanistan ist nicht sicher

Juliane Nagel Rückblick auf eine Veranstaltung in Leipzig

Am 5. April 2017 fand in der naTo in der Leipziger Südvorstadt eine Diskussionsveranstaltung zur Situation in Afghanistan statt. Dazu eingeladen hatten das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen, der Verein Mepa und das linXXnet in Kooperation mit der Cinémathèque Leipzig.

Fast 100 Personen, darunter zahlreiche aus Afghanistan Geflüchtete, nahmen an der Veranstaltung teil.

Nach dem von jungen afghanischen Geflüchteten selbst gedrehten Film "Die Suche nach dem Glück im fremden Haus" folgte ein Podium mit vier kompetenten Referenten.

Der ehemalige Europaabgeordnete der LINKEN Andre Brie, seinerzeit Afghanistan-Berichtersteller, warf vor allem einen Blick auf die derzeitige Situation, in der die Taliban wieder die Hälfte des Landes kontrollieren, als Folge der militärischen Intervention der jüngeren Vergangenheit. Die ehemals unter Verantwortung der Bundeswehr stehende Stadt Kunduz im Nordosten Afghanistans ist mittlerweile wieder hart umkämpft.

Andreas Rosen von der Stiftung Nord-Süd-Brücken verwies auf die zynische Argumentation des Bundesinnenministers Thomas de Maiziere, dass offizielle Repräsentanten und nicht ZivilistInnen Ziele der terroristischen Gruppen im Land seien, und darum auch

wieder nach Afghanistan abgeschoben werden könnte. Die Fakten widersprechen der Einschätzung der Bundesregierung: Im Jahr 2016 stieg der Zahl der getöteten und verletzten ZivilistInnen wieder an, insgesamt 11.418 Opfer wurden durch die Unterstützungsmission der UNO in Afghanistan, UNAMA, dokumentiert, darunter so viele Kinder wie noch nie seit Beginn der Erfassung.

Die veränderte Linie der BRD im Umgang mit aus Afghanistan Geflüchteten – seit Dezember 2016 fanden vier Abschiebungen statt – ist Ergebnis eines Deals: Für milliardenschwere Zahlungen der EU erklärte sich Afghanistan bereit, StaatsbürgerInnen wieder verstärkt zurückzunehmen.

Thomas Hoffmann vom Sächsischen Flüchtlingsrat nahm Bezug genau auf diesen Deal, der auch bezüglich der konkreten Entscheidungen über die Asylanträge wirksam wird. Die Anerkennungsquote für Geflüchtete aus Afghanistan ist seit 2015 von 78 % auf 52 % gesunken – das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entscheidet offensichtlich nicht nach daliegenden Fakten, sondern nach politischen Maßgaben.

Last but not least machte Farhad Amad Ahmedi vom Leipziger Afghanischen Forum deutlich, wie wichtig die Selbstorganisation der Betroffenen ist. Die Menschen, die aus

Afghanistan geflohen sind, haben dies nicht ohne Grund getan, betonte er. Der Verein will Unterstützung für die geben, die von Abschiebung betroffen sind, für die, die im Alltag Probleme haben, weil ihnen der Zugang zu Integrationsleistungen verwehrt wird, und er will auch Brücke zur hiesigen Bevölkerung sein.

Sowohl politische und soziale Perspektiven für das zerrüttete Afghanistan als auch die Verbesserung der Situation von Geflüchteten in der Bundesrepublik wurden an diesem Abend intensiv diskutiert.

Die sächsische Staatsregierung lässt sich von den alternativen Einschätzungen von Zivilgesellschaft und Opposition wenig beeindruckt. Ein Antrag der LINKEN für einen Abschiebestopp nach Afghanistan und den Einsatz für eine Neubewertung der Sicherheitslage auf Bundesebene wurde im Sächsischen Landtag im März abgelehnt.

Davon sollten wir uns aber nicht entmutigen lassen. Widerspruch und Widerstand sind nötiger denn je. Es gilt, gemeinsam mit den Betroffenen für Menschenrechte zu streiten und die fatale Politik der Bundesregierung, die auf Kosten von Menschenleben geht, zu stoppen.

Politik als Beruf(ung)?

Angelique Hamsa Der Girl´s Day im Interim

Am 27.04.2017 fand erneut der Mädchen-Zukunftstag statt, welcher jungen Frauen und Mädchen die Möglichkeit bieten soll, einen Einblick in zum größten Teil männerdominierten Berufe zu erlangen. Auch das Projekt- und Abgeordnetenbüro Interim by linXXnet lud zum Girl´s Day ein, um interessierten Schüler*innen linke Politik näher zu bringen. Zu Beginn berichtete die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Leipzig, Genka Lapön, von ihrem spannenden biografischen Werdegang in die kommunale Gleichstellungspolitik. Im Anschluss teilten sich die Schüler*innen in kleine Gruppen auf, um an drei thematischen Stationen weitere biografische Werdegänge von Politiker*innen kennenzulernen. Während an einer Station zum Thema Umwelt die linksjugend Leipzig Samenbomben mit den Teilnehmer*innen bastelte, veranstalteten die Stadträtin und Landtagsabgeordnete Juliane Nagel und die Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik der Linken Sachsen, Anja Eichhorn, ein Quiz zu Frauenanteilen in den Parlamenten und Fraktionen.



Bild: Elisabeth Richter

Im Gespräch mit Mandy Gehrt hatten die Schüler*innen die Möglichkeit, kreativ Ratsunterlagen zu verstricken und Fragen an die Leipziger Stadträtin zu stellen. Nachdem die Stationsarbeit abgeschlossen war, fanden sich alle Beteiligten zu einer Abschlussrunde zusammen, um gemeinsam die Frage zu diskutieren, ob Politik nun ein Beruf

ist, oder doch eher als eine Berufung gilt. Die Girl´s Day Veranstaltung stieß in diesem Jahr auf reges Interesse und auch in den kommenden Jahren möchte sich das Abgeordnetenbüro wieder beteiligen, um Frauen und Mädchen in der Politik zu stärken.

Ist Knast noch zeitgemäß?

Büro Franz Sodann Diskussion mit Thomas Galli

Am Mittwoch, dem 26. April bei uns im Wahlkreis-Kulturbüro: eine äußerst spannende Diskussion zum Thema „Ist Knast noch zeitgemäß?“ mit Dr. Thomas Galli. Bereits das erste Buch des ehemaligen Gefängnisdirektors sorgte für Aufsehen, denn seine Geschichten über den Gefängnisalltag thematisieren die Fragen, wie effektiv und sinnvoll, wie menschenwürdig der Strafvollzug in seiner heutigen Form noch ist? In seinem zweiten Buch berichtet Galli nach über fünfzehn Jahren im Strafvollzug von „authentischen Fällen, von Inhaftierten, deren Schicksal sich zwischen erfolgreicher Therapie und Sicherungsverwahrung entscheidet“.

So mindern Gefängnisstrafen die Integrationsfähigkeit, soziale Kontakte und Chancen der Insassen besonders in der Zeit nach der Haftstrafe, oftmals werden sie stigmatisiert. Es sei die Aufgabe der Justizpolitik, die Rahmenbedingungen des Strafens neu anzupassen und präziser herauszuarbeiten, was genau mit welcher Art der Strafe erreicht



© Gerd Eiltzer

werden soll, so Galli. „Nur wenn wir weit möglichst verstehen, warum Menschen anderen Schaden zufügen, können wir dem auch weit möglichst entgegenwirken.“

Zusammenfassend war es ein anregender Abend: über Jugendarrest bis Ersatzfreiheitsstrafen, Sicherungsverwahrung und Therapien wurde mit einem sehr gemischten Pu-

blikum diskutiert. Unser Fazit: nicht nur der Strafvollzug, sondern auch die Rechtsfindung müssen dringend reformiert werden.

① Am 31.05. um 19 Uhr reden wir mit Ronald Blaschke zum Bedingungslosen Grundeinkommen.

Sozial, ökologisch, links

Norma Brecht Die Stadt für alle braucht eine aktive Wohnungspolitik von links

Um die aktuellen Probleme um bezahlbaren Wohnraum in den Großstädten zu thematisieren und mögliche Lösungen zu diskutieren, organisierte das Projekte- und Abgeordnetenbüro linXXnet Ende des Jahres 2016 eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel »Stadt für alle statt für wenige«. Im Rahmen von drei Veranstaltungen wurde ein Forderungskatalog linker Mieten-, Wohnungs- und Baupolitik aufgestellt. Der folgende Text stellt eine Kurzversion dieses Papiers dar.

Die Miete ist zu hoch! Deshalb wird die Wohnungsfrage in vielen deutschen Städten neu gestellt. Um langfristig bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, bedarf es eines sozialen und ökologischen Umbaus der Wohnungspolitik von links.

Egal ob in Berlin, München oder Leipzig – überall, wo Wohnraum nicht mehr für alle bezahlbar ist, werden Menschen verdrängt. Dabei geht es nicht allein darum, dass sie nicht in beliebten Stadtteilen leben, sondern dass nicht mehr alle Bewohner*innen an den Vorteilen des urbanen Lebens teilhaben können: Der kurze Weg zum Arzt, die Tram zum Supermarkt oder mit dem Fahrrad ins Kino. Sind die Mieten in der Stadt zu hoch, ist das städtische Leben einkommensabhängig – diese Stadt ist nur für wenige.

Die »Stadt für alle« ist der Gegenentwurf zu den aktuellen urbanen Verhältnissen und eine politische Utopie. Die Diskussion, wie Wohnen sozial und solidarisch funktionieren kann, muss deshalb weiter geführt und Wohnungspolitik als linke Politik aktiv gestaltet werden.

Nach jahrelanger Privatisierung können Kommunen nur noch regulierend und moderierend auf den städtischen Wohnungsmarkt Einfluss nehmen. Dabei wird den aktuellen Mietpreisentwicklungen und steigenden Boden- und Immobilienpreise hinterhergeholfen. Die Sätze für die Kosten der Unterkunft (KdU) steigen, die Zahl der Wohngeldempfänger*innen nimmt zu, und in der Förderlogik des sozialen Wohnungsbaus wird immer noch auf die temporäre Subventionierung gesetzt, anstatt nachhaltig zu investieren.

Um langfristig bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, braucht es eine politische Alternative. Neubau, Sanierung und Instandhaltung von Wohngebäuden müssen ohne Renditeinteressen organisiert werden. Förderung von Wohnungsneubau darf nicht mehr eine soziale Zwischennutzung sein, sondern eine nachhaltige Wohnraumversorgung muss ermöglicht werden.

Die Neue Gemeinnützigkeit

Die »Neue Gemeinnützigkeit« bietet

ein bereits bekanntes Modell der sozialen Wohnraumversorgung, in dem nur dem Gemeinwohl dienliche Wohnungsmarktakeure eine öffentliche Förderung oder Steuervorteile in Anspruch nehmen können. Sie müssen dafür auf Vorteile der freien Marktwirtschaft verzichten. So dürfen sie nur an Haushalte mit geringem Einkommen vermieten und müssen die erwirtschafteten Gewinne für Wohnzwecke verwenden. Dafür zahlen die gemeinnützigen Unternehmen weniger oder keine Körperschafts-, Gewerbe-, Vermögens- und Grunderwerbssteuer. Nachhaltig preiswerter Wohnraum wird so ermöglicht, denn die Neue Gemeinnützigkeit heißt: Einmal gefördert – immer bezahlbar.

Nicht auf den Bund warten. Für eine dem Gemeinwohl dienliche Neubau- und Bestandspolitik

Öffentliche Wohnungsunternehmen sind wichtige Partner und Vorbilder bei der Erprobung gemeinnütziger Modelle. So muss auf kommunaler Ebene nicht auf Steuerreformen des Bundes gewartet werden, bereits jetzt können die Demokratisierung der öffentlichen Wohnungsunternehmen ausgebaut und Mieter*inneninitiativen gestärkt werden. Schließlich wird die Stadt von denen gemacht, die darin wohnen. Ein Stadt lässt sich nicht von oben planen, sondern wird von allen gestaltet.

Eine Kernkompetenz der Kommune ist die Bodenpolitik. Während durch Stadterneuerungsprogramme Bodengewinne erst möglich wurden und die Spekulation mit Wohnraum durch private Eigentümer*innen wächst, kann die Kommune mit einer gemeinwohlorientierten Liegenschafts- und Bodenpolitik Einfluss auf Neubauprojekte nehmen. Schon bei der Vergabe

von Grundstücken (Konzeptvergabe) muss die Kommune gegen Spekulationen aktiv werden (Erbbaupacht statt Privatisierung) und auf die Nutzungsstruktur und städtebauliche Gestaltung dieser Einfluss nehmen (u. a. durch aktive Bauleitplanung, z. B. durch Bebauungspläne).

Es muss aber auch das gesamte planungsrechtliche Instrumentarium des Baugesetzbuchs (Sozialplanung, Milieuschutz durch Erhaltungs- und Sanierungssatzung) ausgeschöpft werden, um die Verdrängung von Mieter*innen zu verhindern. Die Mieten, die jetzt noch bezahlbar sind, müssen bezahlbar bleiben!

Kommunen können den Paradigmenwechsel in der Wohnraumversorgung anstoßen, Konzepte erarbeiten und in der Praxis erproben. Indem sie ihre zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, können sie eine lokale Wohnungspolitik betreiben, die sich an der Idee der Neuen Gemeinnützigkeit orientiert. Dazu braucht es jedoch den politischen Willen, einen echten Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik anzustoßen.

Mieter*innen stärken!

Die Geschichte hat gezeigt, dass Reformen in der Wohnungs- und Mietenpolitik in erster Linie von den Mieter*innen eingefordert wurden. Es waren Mieter*innen und Bewohner*innen der Stadt, die Veränderungen ihrer Wohn- und Arbeitsräume markiert und Alternativen ausprobiert haben. Deshalb muss die Unterstützung und Etablierung solidarischer Netzwerke ein Ziel linker Wohnungspolitik bleiben.

Hinzu kommt, dass es für Gewerbetrieber*innen kaum Kündigungsschutz oder andere Errungenschaften des (Wohnungs-)Mietrechts gibt. Die Verdrängung von kleinen Geschäften, Kneipen und anderen Arbeitsräumen vollzieht sich in wachsenden Städten aufgrund der Mietrechtssituation besonders schnell. Ein mietrechtlicher Schutz von Gewerbetreibenden muss daher eingeführt werden.

Es darf nicht nur die Frage gestellt werden, wem die Stadt gehört, sondern wer die Stadt macht. Denn die Stadt wird von ihren Bewohner*innen gemacht, sie wird von Menschen verwaltet und von verschiedenen politischen Parteien gesteuert. Die Stadt für alle beginnt mit den solidarischen Nachbarschaften. Wenn ich meinen Nachbar*innen das gleiche Recht zu bleiben zugestehe wie mir selbst, kommen wir der Stadt für alle ein Stück näher.

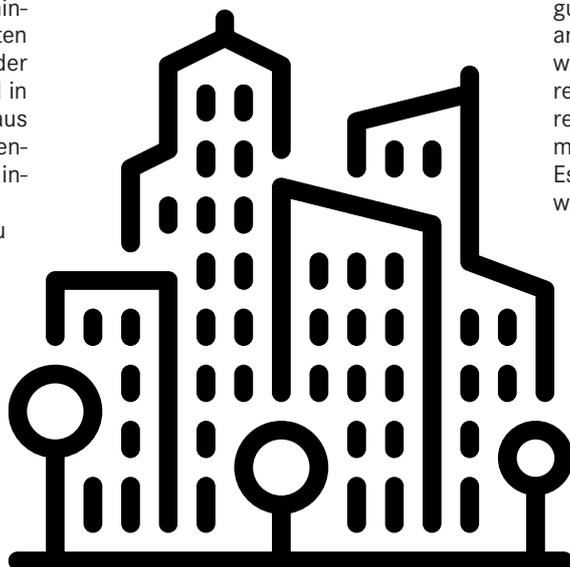




Bild: Kay Kamieth

Stadtparteitag beschließt »Wohnungspolitische Leitlinien«

Tilman Loos Bericht von der 3. Tagung des 5. Stadtparteitags

Bis zum Nachmittag war der Himmel über Leipzig noch grau. Doch trotz des mäßigen Wetters kamen so wenig Delegierte wie sonst kaum zum Stadtparteitag. Von den laut Delegiertenschlüssel möglichen 113 Mandaten waren 108 vergeben. Anwesend waren mit 62 Delegierten jedoch nur 57,4 % und damit etwas mehr als die Hälfte der Delegierten. Offenkundig ist die Anwesenheitsdisziplin bei den Genossinnen aber deutlich größer als bei den Genossen, denn von den 62 anwesenden Delegierten waren 40 Frauen (64,5 %) - und damit etwa doppelt so viele wie die anwesenden männlichen Genossen (22 Delegierte, 35,5 %).

Schwerpunkt des Parteitags war der Beschluss neuer Leitlinien zur Wohnungspolitik. Solche wurden das letzte mal im Jahr 1995 verabschiedet. Zu deren Erarbeitung traf sich eine Arbeitsgruppe um auf Grundlage des Beschlusses der 1. Tagung des 5. Stadtparteitags „Konzept zur Erarbeitung neuer Wohnungspolitischer Leitlinien des Stadtverbandes“ einen Entwurf zu erarbeiten. An dieser Arbeitsgruppe beteiligten sich neben alten Hasen auch einige Genoss*innen, die erst in letzter Zeit zu uns gestoßen sind.

Neben dem vorliegenden Entwurf, der knapp 7 Seiten umfasste, lagen den Delegierten zudem 33 Änderungsanträge vor, von denen einige von Siegfried Schlegel, andere vor allem von Genoss*innen aus dem Stadtbezirksverband Süd gestellt worden waren. Da die Autor*innen des Entwurfs papiers als Antragssteller*innen jedoch 28 der 33 Änderungen bereits übernommen hatten, musste nur noch 5 Änderungsanträge abgestimmt werden. In einer denkbar knappen Abstimmung setzte sich zunächst der Vorschlag durch, den Titel des Papiers in „Recht auf Stadt - ein Recht für alle. Für sozial gerechtes Wohnen in Leipzig.“ zu ändern und damit die mittlerweile bekannte Lösung für ein „Recht auf Stadt“ mit aufzunehmen. Die Delegierten stimmten außerdem zu, bei der im Konzept bereits beschlossenen Formulierung zu bleiben, wonach wir als DIE LINKE wollen, dass unsere Stadt „grundsätzlich keine Grundstücke mehr verkauft“ und Grundstücke, wie der Entwurf vorsah, „fast ausschließlich über Erbbaurecht“ vergeben werden. Von den 5 zur Abstimmung stehenden Änderungsanträgen wurden am Ende 3 angenommen und 2 abgelehnt. Das so geänderte Gesamtpapier wurde am Ende mit 2 Enthaltungen und ohne

Gegenstimme angenommen. Der fleißigen Arbeitsgruppe sei an dieser Stelle für ihr Engagement gedankt und darauf hingewiesen, dass diese ihre Arbeit in unserem Stadtverband als AG Stadtentwicklung verstetigt und sich ab Juni jeden letzten Donnerstag im Monat um 20:00 Uhr im Liebknecht-Haus trifft. Interessierte sind herzlich eingeladen, sich zu beteiligen.

In der zuvor stattfindenden Diskussion und im Bericht des Vorsitzenden ging es auch um die anstehenden Herausforderungen im Wahlkampf. „Wir wollen, dass DIE LINKE das soziale Gewissen der Stadtpolitik bleibt, denn das ist nötiger denn je. Jetzt schalten wir in den Wahlkampfmodus, unser Stadtverband wird sein soziales Profil mit vollem Schwung in den Bundestagswahlkampf einbringen.“ sagte Adam Bednarsky.

Der Stadtparteitag beschloss außerdem auf Vorschlag von unserer Schatzmeisterin Elke Gladysz einen Nachtragshaushalt. Dieser war nötig bzw. möglich geworden, weil sich die Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge besser entwickeln, als im ursprünglichen Plan veranschlagt. Nach derzeitigen Stand werden die Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge wohl mit 247.000 Euro um knapp 27.000 Euro höher liegen als zunächst vermutet. Dazu dürften auch beigetragen haben, dass wir seit Anfang des Jahres bereits 40 neue Mitglieder gewonnen haben und der Durchschnittsbeitrag im letzten Jahr um 88 Cent gestiegen ist und nun bei deutlich über 17 Euro liegt. Zu Kenntnis nahm der Stadtparteitag außerdem die Einnahmen- und Ausgabenrechnung für das Jahr 2016, bei dem die Einnahmen bei ca. 121 % des Ursprungsplans lagen und die Ausgaben bei 106,5 %.

Zum Abschluss des Parteitags präsentierte William Rambow als einer der beiden Wahlkampfleiter zudem Fakten und Abläufe zum kommenden Bundestagswahlkampf. Natürlich stand der Stadtparteitag auch unter der traurigen Nachricht des Todes von Dietmar Pellmann, dessen Arbeit für unsere Partei Adam Bednarsky in seinem Beitrag würdigte und dem die Anwesenden in einer Schweigeminute zu Beginn des Parteitags gemeinsam gedachten. Zudem hatten die Anwesenden die Möglichkeit, sich vor Ort in ein Kondolenzbuch einzutragen.

① Der Beschluss zu den Wohnungspolitischen Leitlinien findet sich auf der Website des Stadtverbandes www.dielinke-leipzig.de



Sprechstunden & Sozialberatung

DIE LINKE vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine von und bei der Leipziger LINKEN. Die Angebote sind selbstverständlich kostenfrei.

Sprechstunden:

- jeden letzten Mi. 16:00 Uhr, WK-Kulturbüro, Mariannenstr. 101, Abgeordnetensprechstunde mit dem Landtagsabgeordneten Franz Sodann
- 18. Mai 15:30 bis 17:00 Uhr, Stadteilladen Grünau, Stuttgarter Allee 19, Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Ilse Lauter
- 22. Mai 16:00 bis 18:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Bürgersprechstunde mit der Landtagsabgeordneten Cornelia Falken und dem Stadtrat Sören Pellmann
- 8. Juni 16:00 bis 18:00 Uhr, Bürgerverein Gohlis, Lindenthaler Str. 34, Bürgersprechstunde mit der Landtagsabgeordneten Cornelia Falken

Sozialberatungen:

- jeden Mi. 11:00 bis 15:00 Uhr, linXXnet, Bornaische Str. 3d, Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden 1. & 3. Do. 14:00 bis 18:00 Uhr, Wahlkreis-Kulturbüro, Mariannenstr. 101, Sozialberatung mit Steffen Klötzer
- jeden Do. 12:00 bis 15:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstr. 34, Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden Mo. 15:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Bornaische Str. 3d, Vereinsberatung (Alles rund um Buchhaltung & Projektabrechnung für gemeinnützige Vereine & Initiativen), Anmelden: prinzessin@linxx.net

Im Stadtrat:

Die Fraktionssitzungen der LINKEN und die Ratsversammlungen sind für alle Interessierten öffentlich.

- Fraktionssitzung: 31. Mai, ab 17:00 Uhr, Raum 259, Neues Rathaus
- Fraktionssitzung: 14. Juni, ab 17:00 Uhr, Raum 270, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: 21. Juni, ab 14:00 Uhr, Ratssaal, Neues Rathaus

Landesvertreter*innen- versammlung wählt Landesliste

Redaktion MiB Sächsische LINKE wählt drei Leipziger*innen auf die Landesliste zur Bundestagswahl / Landesparteitag verabschiedet Leitantrag

Volles Programm am 29. April im sächsischen Glauchau: Erst tagte der Landesparteitag von DIE LINKE. Sachsen, ab Mittag direkt im Anschluss die Landesvertreter*innenversammlung.

Eröffnet wurde der Landesparteitag von einem Genossen aus Leipzig. Florian Bokor, ehemaliger politischer Geschäftsführer der Piratenpartei in Sachsen, eröffnete den Parteitag mit den Worten: „DIE LINKE ist für mich die einzige Partei, die noch den Mut hat zu sagen, dass wir diese Gesellschaft, in der wir leben, gestalten können.“

Der Landesparteitag selbst hatte zur Aufgabe, einen Leitantrag mit Blick auf die anstehenden Bundestagswahlen zu verabschieden. Zum Leitantrag lagen diesmal nur 12 Änderungsanträge vor, von denen einige übernommen, andere abgelehnt worden sind. Im mit übergroßer Mehrheit beschlossenen Leitantrag selbst stand ganz klar die anstehende Bundestagswahl im Fokus. Neben einer thematischen Fokussierung auf die soziale Frage wurden auch die Themen Ostdeutschland und Friedenspolitik prominent besetzt.

Bei den Wahlzielen und methodischen Ansätzen wurde der Leitantrag so präzise wie selten zuvor:

- Projekte, Vereine, Initiativen und zivilgesellschaftliche Gruppen sollen ermuntert werden, uns im Wahlkampf zu unterstützen;
- 80 Unterstützer*innen sollen für den Wahlkampf aktiviert werden, die ansonsten nicht oder kaum bei uns in der Partei aktiv sind;
- mindestens die Hälfte der Briefkästen im Land (an denen nicht „keine Werbung“ steht) sollen aus eigener Kraft mit Material beglückt werden;
- der Landesverband wird eine eigene Wahlkampf-App entwickeln, über die mindestens 500 Personen in den

- Wahlkampf eingebunden werden sollen;
- im Wahlkampfjahr 2017 sollen mindestens 400 neue Mitglieder gewonnen werden;
- das einheitliche Erscheinungsbild unserer Partei soll im Wahlkampf gewahrt werden;
- im Bereich Social Media sollen mindestens 1 Mio. Kontakte mit 700.000 Menschen in Sachsen erreicht werden.

Als Wahlkampfziel wurde beschlossen, mit mindestens weiterhin 8 Abgeordneten im Bundestag vertreten zu sein. „In Übereinstimmung mit der Wahlstrategie des Parteivorstandes“ soll außerdem der „Kampf um die Zweitstimme“ im Vordergrund stehen.

Auf der Landesvertreter*innenversammlung ging es dann um die Listenplätze für die Landesliste unserer Partei zur Bundestagswahl (alle Ergebnisse in Tabelle rechts). Diesmal wurden alle Plätze bis einschließlich Platz 10 einzeln gewählt. Katja Kipping wurde mit knapp 85 % als Spitzenkandidatin gewählt. Ab Platz 2 standen dann jeweils mehr als ein*e Kandidat*in zur Wahl, wobei ein Genosse aus dem Vogtland ab Platz 2 bis zum Ende für jeden denkbaren Listenplatz kandidierte, jedoch maximal 3 Stimmen erhielt.

Auf Platz 6 und 7 wurden mit Axel Troost und Susanna Karawanskij Genoss*innen aus den beiden benachbarten Kreisverbänden gewählt. Auf Platz 8 und 9 setzten sich die jeweils 2 Kandidat*innen aus Leipzig gegen Konkurrenz aus dem Vogtland durch. Auf Platz 8 stand damit bereits in der Stichwahl fest, dass dieser Platz an einen Leipziger gehen sollte, der dann der vom Jugendverband linksjugend [solid] unterstützte Tilman Loos wurde. Auf Platz 9 war aufgrund der Kandidatinnenlage ab der Stichwahl ebenfalls klar: Das wird ein Platz für Leipzig. Erobert hat diesen Platz Franziska Riekewald. Mit ihrer Unterstützungskandidatur im hinteren Listenbereich bereichert nun zudem Elisa Gerbsch das Leipziger Ensemble auf der Landesliste.

»Die Union ist tot, es lebe die Republik Europa«

Andy Sauer Mit Tille und Elli in den Jugendwahlkampf

Bei der Landesvertreter_innenversammlung am 29. April in Glauchau schafften es gleich zwei Kandidat_innen der linksjugend [solid] Sachsen auf die Landesliste der sächsischen LINKEN.

Tilman Loos, unser Jugendkandidat, setzte sich auf Platz 8 gegen seinen Mitbewerber durch. Dieser Platz ist dahingehend spannend, als dass er ein wackliger, aber nicht unmöglicher Listenplatz ist, was den anstehenden Jugendwahlkampf noch spannender gestaltet.

Mit Elisa Gerbsch wurde eine weitere Leipzigerin auf die Liste gewählt. Unsere derzeitige jugendpolitische Sprecherin im Stadtvorstand landete mit ihrer Unterstützungskandidatur auf Listenplatz 13.

Wir freuen uns auf einen spannenden und kreativen Wahlkampf mit den beiden. Und Loos!

Wahlergebnisse

Redaktion MiB Die Wahlergebnisse der LVV.

#	Wahl-gang	Kandiat*in	in %
1.	1	Katja Kipping	84,8%
2.	1	André Hahn	56,6%
		Axel Troost	38,9%
		Ulrich Neef	1,5%
3.	1	Susanna Karawanskij	33,2%
		Caren Lay	38,2%
	2	Sabine Zimmermann	27,1%
		Susanna Karawanskij	37,6%
4.	1	Caren Lay	61,4%
		Michael Leutert	40,4%
		Ulrich Neef	0,0%
	2	Axel Troost	31,3%
		Jörn Wunderlich	28,3%
5.	1	Michael Leutert	60,6%
		Axel Troost	38,9%
6.	1	Susanna Karawanskij	44,9%
		Sabine Zimmermann	54,5%
7.	1	Ulrich Neef	1,5%
		Axel Troost	58,9%
		Jörn Wunderlich	39,1%
8.	1	Susanna Karawanskij	53,8%
		Franziska Riekewald	46,2%
		Tilman Loos	46,7%
	2	Ulrich Neef	0,0%
Sören Pellmann		42,1%	
9.	1	Maik Schwarz	11,3%
		Tilman Loos	51,5%
		Sören Pellmann	46,4%
	2	Barbara Höll	41,3%
		Käty Mothes	13,8%
10.	1	Franziska Riekewald	44,4%
		Barbara Höll	47,9%
		Franziska Riekewald	49,0%
11.	1	Tilo Hellmann	56,0%
		Thiemo Kirmse	7,9%
		Ulrich Neef	1,0%
		Maik Schwarz	34,6%
12.	Liste	Käty Mothes	77,5%
13.		Maik Schwarz	80,8%
14.		Elisa Gerbsch	71,1%
15.		Lars Legath	68,6%
16.		Gudrun Schumann	35,3%
		Jens Dietzmann	36,6%



Bilder u.a. von u.a.: Siegfried Flore | DIE LINKE, Leipzig | Timmer Loos



3 Bilder aus April und Mai

Bild links oben: Am 18. April diskutierten auf einer knackig vollen Veranstaltung über 40 Interessierte im INTERIM unter dem Titel „Streik 2.0“ über die Möglichkeiten von Arbeitskämpfen im 21. Jahrhundert. Gäste waren Nico Brünler (MdL, Chemnitz), Thomas Schneider (ver.di), Jasper Petschat (Streiksolibündnis Leipzig). Moderiert wurde die Veranstaltung von unserem Gewerkschaftsaktivisten Christian Schäfer.

Bild rechts oben: 1. Mai, die Erste. DIE LINKE, Leipzig und auch unsere beiden Direktkandidat*innen zur Bundestagswahl beteiligten sich an der Demonstration und Kundgebung zum 1. Mai. Diese fanden bei schönstem Wetter und mit rund 1.500 Beteiligten statt. Auf letzterer sprach mit dem engagierten Gewerkschaftsmitglied Christian Schäfer auch ein Mitglied unserer Partei.

Bild rechts unten: 1. Mai, die Zweite. Beim traditionellen Hoffest kamen zahlreiche Genoss*innen im Hof des Liebknecht-Hauses zusammen und ließen den Internationalen Kampf- und Feiertag der ArbeiterInnenklasse gemeinsam ausklingen.



Linkes Denken erneuern

Volker Külöw Seit Gründung vom Liebknecht-Kreis Sachsen (LKS) im März 2015 wurden in loser Folge bislang sechs Broschüren veröffentlicht. Rechtzeitig zum Landesparteitag am 29. April in Glauchau erschien in der Publikationsreihe „Schriften des LKS“ unter dem Titel „Linkes Denken erneuern“ das Heft 7. Die Überschrift stammt vom namhaften französischen Soziologen Didier Eribon, dessen Beitrag aus der FAS vom 16. April 2017 im Heft abgedruckt ist. Thematischer Schwerpunkt der Broschüre ist das Bundestagswahljahr 2017. Der Liebknecht-Kreis Sachsen wirbt für eine starke LINKE und bringt sich mit eigenen Positionen ein. Der entsprechende Hauptbeitrag stammt von Prof. Dr. Ekkehard Lieberam und trägt die Überschrift „Wahlstrategie, Gesellschaftsstrategie und Wahrhaftigkeit“. Wie schon an anderer Stelle übt er heftige Kritik am Kurs der Parteiführung der LINKEN: „Es irritieren die SPD-, Parlaments- und Regierungsfixiertheit und die allenthalben deutlich werdende Ignoranz gegenüber den harten machtpolitischen Realitäten der neoliberalen Kapitaloffensive und des Klassenkampfes in der Bundesrepublik.“ Der Beitrag von Dietmar Pellmann erhält

dadurch besonderes Gewicht, da er gewissermaßen sein literarisches Vermächtnis darstellt. Unter der Überschrift „Der Konkurrenzkampf um das Thema soziale Gerechtigkeit - Das Beispiel Hartz IV“ offenbart er den Widerspruch zwischen sozialdemokratischer Wahlkampfretorik und realer Sozialpolitik à la Agenda 2010. Derartige Beiträge werden nun künftig schmerzlich fehlen. Der LKS verfügt auch über profilierte Autorinnen. Heiderose Gläss stellt in ihrem Beitrag die rhetorische Frage „Die ‚GroKo‘ und die Frauen - gibt es Alternativen?“ und Jenny Mittrach informiert fundiert über „Die Welt 4.0 - das Internet der Dinge steht vor der Tür“. Volker Külöws Erinnerung an den 1993 verstorbenen marxistischen Universalhistoriker Manfred Kossok belegt, dass dessen Analysen noch viel Unabgeholtes für linkes Denken und Handeln im 21. Jahrhundert bereit halten. Den Abschluss des Hefes bildet der Abdruck der Erklärung des Ältestenrat der Partei Die LINKE um Hans Modrow unter der Überschrift „Der Wahlkampf hat begonnen“.

① Die Erklärung & das gesamte Heft auf: www.liebknecht-kreis-sachsen.de

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Austritt:** Stadträtin Naomi-Pia Witte hat nach ihrem Austritt aus der Partei DIE LINKE nun auch die Linksfraktion im Stadtrat verlassen und mit der Piratin Gabelmann und zwei FDP-Stadträten eine neue Fraktion gegründet.
- **Gewählt:** Mit Marco Böhme ist nun wieder ein Leipziger Mitglied im Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag.
- **Pfingstcamp:** Vom 2. bis 5. Juni findet im tschechischen Doksy das diesjährigen Pfingstcamp der linksjugend [‘solid] Sachsen statt, an dem in den letzten Jahren über 600 Personen teilnahmen. Wer Lust auf diese Mischung aus Politik, Workshops, Kultur und Party hat, kann die Augen offen halten: Ab demnächst kann man sich auf www.linksjugend-sachsen.de anmelden. Auch eine Anreise aus Leipzig wird es geben.
- **G20 Proteste:** Zu den G20 Protesten am 7. und 8. Juli in Hamburg mobilisiert auch DIE LINKE. Leipzig Dazu sind mehrere Infoveranstaltungen und eine Busanreise in Planung. Weitere Infos folgen.

aktuelle Termine

regelmäßige Termine



Gelebte Solidarität

AG Senioren Auch in diesem Jahr treffen sich Antifaschisten und Kämpfer gegen Krieg und Willkür aus Tschechien, Polen und Deutschland zum traditionellen Riesengebirgstreffen Ende August in Mala Upa, das seit 95 Jahren in der Grenzregion stattfindet. Genossinnen und Genossen unseres Stadtverbandes sind seit vielen Jahren dabei und erleben Verbundenheit und Solidarität hautnah. Wir möchten Euch aufrufen, dabei zu sein. Euch erwarten am 26.08.2017:

- Kundgebung von 10° - 12° Uhr am Touristikzentrum Mala Upa
- Internationale politische Gespräche nach der Kundgebung
- Freundschaftstreffen am Abend
- für die, die fit sind, eine Besteigung der Schneekoppe
- Meeting in Kraloveč an der Gedenktafel deutscher und tschechischer Kommunisten 1927

Übernachtungsreservierungen bei individueller Anreise sind bis 26.07.2017 bei Gerd Hommel, Dresdner Platz 9, 01239 Dresden, Tel.: 0351-288 2128 oder RFB, Hommel@arcor.de

Die Touristik und Kontakt International GmbH, Danziger Straße 168, 10407 Berlin (Reisebüro tuk) bietet eine Reise zum Traditionstreffen vom 24. - 27.08.2017 mit folgenden Stationen an:

- 24.08. Auf dem Weg nach Tschechien Besuch der Burg Hohnstein. Übernachtung in Dečín
- 25.08. Fahrt nach Trutnov, Stadtbesichtigung
- 26.08. Traditionstreffen und Veranstaltungen
- 27.08. Heimreise

Bei Interesse wendet Euch bitte an: tuk Berlin, Tel. 030 - 423 3322, E-Mail : info@tuk.de
Internet: www.tuk.de

Die Kommodifizierungslücke. Gentrifizierung und Stadtentwicklungspolitik in London, Berlin und St. Petersburg

Der Vortrag des Stadtsoziologen Dr. Matthias Bernt (Berlin) diskutiert das Verhältnis von Gentrifizierung und staatlichen Politiken am Beispiel von London-Barnsbury, Berlin-Prenzlauer Berg und der Innenstadt von St. Petersburg. Er zeigt, dass Gentrifizierung nur in einem Korsett staatlicher Institutionen möglich ist, die sich jedoch von Ort zu Ort unterscheiden. Strategien gegen Gentrifizierung benötigen daher vor allem eine Analyse von Wohnungspolitik.

Fr. 19. Mai, 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Landesentwicklungskonzept Aleksa 2030

Die BO Messemagistrale lädt ein: Enrico Stange, MdL DIE LINKE. Sachsen, wird uns über das Landesentwicklungskonzept informieren und mit uns darüber diskutieren.

Mo. 22.05.2017, 18:00 Uhr
Stadtteilzentrum Messemagistrale,
Str. des 18. Oktober 10a

Das Weißbuch der BRD – Dokument aggressiver Politik des deutschen Imperialismus.

Referent: Heinz Bilan, Generalmajor a.D.
Veranstalter: Marxistisches Forum Leipzig.

Mi., den 24. Mai um 18.00 Uhr, Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Str. 77

(Bedingungsloses) Grundeinkommen – Nichts als Utopie?!

Diskussion mit Ronald Blaschke: Immer öfter und lauter wird über die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen diskutiert. Weltweit finden Experimente statt, ob ein BGE funktioniert. Was ist ein bedingungsloses Grundeinkommen? Was kostet es, ist das finanzierbar? Was wird aus dem Sozialstaat? Schafft es Gerechtigkeit?

Mi. 31.05.2017, 19:00 Uhr
Wahlkreis-Kulturbüro Franz Sodann

Gebt das Hanf frei?

Eine drogenpolitische Diskussion mit Frank Tempel und Rene Jalaš.

Mo. 12.06.2017, 19:00 Uhr
Wahlkreis-Kulturbüro Franz Sodann

Impressum

Herausgeberin:

DIE LINKE. Stadtverband Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck

Stadtvorstandssitzung

2. Dienstag, 19:00 Uhr, Dachboden,
Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Antifa (Web: agantifa.blogspot.de)

unregelmäßig, siehe Website
linXXnet, Bornaische Str. 3d

AG Betrieb & Gewerkschaft

1. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Cuba si

2. Dienstag, 17:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Frieden und Gedenken

2. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Junge GenossInnen

1. Samstag, 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG LISA - emanzipatorische Frauengruppe

4. Freitag, 15:00 Uhr, INTERIM

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Stadtentwicklung

letzter Donnerstag, 20:00 Uhr,
Liebknecht-Haus (ab Juni)

AG Zukunft beim Stadtvorstand

3. Dienstag, 20:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Kampagnenrat „Das muss drin sein!“

2. Dienstag, 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Linksjugend Leipzig

jd. Donnerstag, 19:00 Uhr, linXXnet (Plenum)
1. Donnerstag, 21:00 Uhr, linXXnet (Jour-Fixe)
jd. 1. Di., 19 Uhr, linXXnet (Neumitgliedertreff)

Ökologische Plattform ADELE

1. Mittwoch, 19:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Marxistisches Forum

4. Mittwoch, 18:00 Uhr, Friedrich-Ebert-Str. 77

DIE LINKE.SDS

jd. Donnerstag, 19:00 Uhr, GWZ,
Raum 4.116, Beethovenstr. 15

Redaktion: Kay Kamieth (Vi.S.d.P.), Steffi Deutschmann, Tilman Loos, Dr. Christina Mertha, Sören Pellmann,

Gestaltung: Tilman Loos
Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 05.06., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnhaltende Kürzungen vor.

LEIPZIGS NEUE SEITEN

Meuterei im Stadtrat

Die Überschrift lehnt sich an eine durch Literatur und Film bekannte Auseinandersetzung an, Ende des 18. Jahrhunderts, auf einem englischen Schiff namens Bounty. Älter ist ein Begriff, den sich jetzt in Leipzig ein Politisches Quartett, mit zwei Buben und zwei Damen, gab: *Freibeuter*. Im 16. Jahrhundert aus dem niederländischen *vrijbuiter* übertragen und inzwischen etwas angestaubt. Die vier wollen, anno 2017, den Stadtrat aufmischen. Als Seeräuber/innen? (Um es gendergerecht zu formulieren) In die Literatur werden die vier nicht eingehen. Sie stehen in der Zeitung. Schlamm-schlachten mögen sie nicht, liest man da. Nur, die zwei Damen, mussten erst zu den beiden Buben überlaufen. Zuvor musste die eine die Piraten, die andere ihre Genossen über Bord werfen. Es wird für die vier nun kein Sprung ins kalte Wasser folgen, denn sie beantragten trockene Büros im Rathaus, und die entsprechenden pekuniären Mittel, als nunmehr politisches Freibeuter-Quartett mit Angestellten. Ja, das alles steht ihnen laut Gesetz zu. Da haben die zwei Buben genau gezählt und gerechnet. Sie sind schon lange in der FDP.

Grient
Euer Lipsius



**Jeder Schritt wirklicher
Bewegung ist wichtiger als ein
Dutzend Programme.**

Karl Marx (1855 - 1898)

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel.: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Bankverbindung: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE60 8605 5592 1150 1148 40
BIC: WELADE8XXX

Sprechzeiten: nach Vereinbarung (Tel. / mail)

Redaktion: Ralf Fiebelkorn, Dr. Volker Külöw (V.i.S.d.P.),
Daniel Merbitz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 6. Mai 2017

Russische Sozialutopien

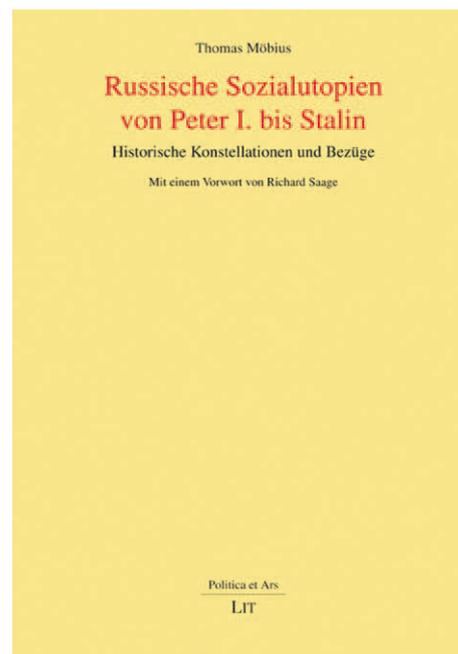
Vielleicht werden sich nicht wenige Leser noch mit Vergnügen an die im Frühjahr 2017 von den Chemnitzer Kunstsammlungen veranstaltete Gemäldeausstellung »Revolutionär!« erinnern. Zu besichtigen war die immense Summe von 400 Werken, geschaffen von 110 Künstlern und im Ausland bisher nie gezeigter Werke der russischen Avantgarde aus der Pariser Sammlung des russischen Emigranten Vladimir Tsarenkov, die nach den Peredwischniki des 19. Jahrhunderts, den sog. Wandermalern, für das heutige deutsche Publikum ein überregionales Interesse beanspruchen konnten. Nimmt man das hier anzuzeigende fundamentale Werk (über 760 Seiten!) des Berliner Sozial- und Literaturwissenschaftlers Thomas Möbius hinzu, gewinnt man einen umfassenden Überblick zum Thema »Russland und die Sozialutopien«. Erfasst wird dabei der Zeitraum vom beginnenden 18. Jahrhundert bis etwa zur Herrschaft Stalins um 1932.

Als Ausgangsthese stellt Möbius die Frage in den Raum, was eigentlich Russland über die Jahrhunderte hinweg für den westlichen Intellektuellen zur »Heimstatt des Weltgeistes der Utopie« gemacht hat. Für ihn korrespondiert das mit der inneren »Utopisierung des politischen Denkens« in Russland. Der Verfasser gliedert danach seine aus einer Dissertation hervorgegangene Arbeit in fünf umfangreiche Kapitel sowie einen längeren abschließenden Teil »Russland 1917 – Utopien einer sozialistischen Lebensweise zwischen Politik, Alltag und Kunst.« Die einzelnen Kapitel, soweit sie sich in unserem Resümee im Einzelnen auf Russland und die sich darum rankenden Problemkreise beziehen, lauten folgendermaßen, wobei sie sowohl nach historisch-theoretischen Gesichtspunkten als auch nach einzelnen Persönlichkeiten und ihrem Denkgerüst gegliedert werden:

1) Als Utopie und Aufklärung, Begründung und Konsolidierung des utopischen Denkens in Russland. Hier (und in den folgenden Abschnitten) wird die Darstellungsweise von Möbius erkennbar, der neben allgemeine theoretische Überlegungen einige bekannte, aber in Deutschland auch weniger bekannte Namen mit ihren Auffassungen setzt (wie Michail Schtscherbatow, Alexander Raditschschew, Wladimir Odojewskij und andere russische Größen des 18. Jahrhunderts). Das 2. Kapitel (»Utopie als Moderne und Gegenmoderne«) behandelt nach dem Dekrabristenaufstand das utopische Denken zwischen Westlertum und Slawophilie als einer der Kernfragen im russischen 19. Jahrhundert. Hier spielen naturgemäß Nikolaj Tschernyschewski und Fjodor Dostojewski

eine besondere Rolle. Das folgende Kapitel analysiert die »Utopie im Zeichen der Revolution« und lenkt den Blick von Außen auf das revolutionäre Russland, was die Suche nach neuen Wegen und neuen gesellschaftlichen Aufbrüchen einbezieht. Das bolschewistische Russland birgt in den 1920er bis 1930er Jahren große Möglichkeiten für den sog. »Utopietourismus« mit seinen zumeist oberflächlichen Sichtweisen, Die Reisenden »von Außen« besitzen über die tatsächlich bestehenden Zustände in Sowjetrusland zumeist nur idealisierte Vorstellungen. Der Blick auf neue Lebensweisen gilt als Ausdruck neuer Utopien; die Experimente der Gemeinschaft und der Kommunen nach 1917 werden als Sonderform des gesellschaftlichen Zusammenlebens untersucht. Schließlich behandelt der Verfasser die nachrevolutionären »Architekturvisionen«, worunter er neuartige neue Häuser und Städte für den »Neuen Menschen« versteht. Wir haben es mit einer kenntnisreichen Arbeit über ein wenig erforschtes Gebiet zu tun. Der Autor kennt sich in der älteren und neuesten internationalen Literatur vorzüglich aus, spart aber auch die »weißen Flecken« der Forschung nicht aus. Es ist ein Buch, dessen Inhalt seinen Leser nicht enttäuschen wird, so er nur Zeit und Sorgfalt beim Lesen mitbringt.

Erhard Hexelschneider



Thomas Möbius: *Russische Sozialutopien von Peter I. bis Stalin. Historische Konstellationen und Bezüge.* Lit Verlag Dr. W. Hopf, Berlin 2015. 760 Seiten, br., 79.90 Euro. Mit einem Vorwort von Richard Saage (= *Politica et ars*. Bd. 25).

Der Bildermacher und seine Welten

Wer Mattheuers Wohnung kennt, die eng an eng gehängenen Gemälde, die Dichte und das Volumen, die Farbigkeit der Wände, wird eine stille Freude und aber auch Wehmut verspüren, wenn man die hinsichtlich der Anzahl der ausgestellten Gemälde durchaus als opulent zu bezeichnende Geburtstagsausstellung in der Leipziger Galerie Schwind besucht: Mit Ausnahme der Wandfarbigkeit erinnert die sogenannte Petersburger Hängung an das private Refugium und damit an die vielen Welten und Horizonte des am 7. April 1927 geborenen und am 7. April 2004 verstorbenen Bildermachers Wolfgang Mattheuer. Nach seinem Studium der Grafik in den Jahren 1947 bis 1951 an der Leipziger Hochschule für Grafik

und Buchkunst wurde er dort 1953 Assistent und 1965 Professor, seit 1974 war er freischaffend tätig.

Die mit 65 Gemälden aus dem Nachlass ausgestattete Ausstellung überzeugt durch ihre Vielfalt und durch manche Rarität, die es zu entdecken gilt: Ein seltsamer Dialog entsteht zwischen »Kirchturm und Buche« (1989) und dem »Stilleben im Atelier« (2002), wo ein Bild im Bild Effekt zu Tage tritt. Die rätselhafte Verknüpfung und Verschränkung der Symbole des ewigen und des natürlichen Lebens, die explizit in den Raum der Bilderschöpfungen geholt werden, stimmt nachdenklich.

In der Bedeutung leider bislang unterschätzt ist das »Nachtstück I« (1986), wo das Konterfei eines Mannes sich in der von Kerze und Halbmond erhellten Nacht in einer Glasscheibe spiegelt. Dazu ein düsterer See. Wolfgang Mattheuer bewegt sich hier in den großen Traditionslinien der Malerei, unweigerlich Anklänge evozierend an Rembrandts »Nachtwache«, Füsslis »Nachtmahr« und Böcklins »Toteninsel«. Oder ist es eine selbstverliebte Spiegelung eines Narcissus?

Schwebend wie Kosmonauten im All hat sich ein »Liebespaar« (1996) der Welt entzückt. Auch die klassischen Mattheuer-Landschaften fehlen nicht: »Bei Auerbach im Vogtland« (1960) und »Auch eine Rügenlandschaft« (1962), die allerdings weniger flächig, sondern ins Impressionistische verweisend, die lokalen Wetter- und Stimmungswechselphänomene mit dem Pinsel eingefangen hat. Selten zu sehen war bislang die farbgewaltige »Dichterlesung« (1981): Frauenköpfe, übergroß von hinten, dem Literaten lauschend, der traurig und brüchig erscheint.

Als Großformat sticht »Die große Konfusion« (1993) heraus, die zum Jahreswechsel 1995/96 in der Kustodie der Universität Leipzig ihren großen Auftritt hatte: Die Nachwendereflexion wie ein Bewusstseinsstrom mit alten und neuen Maskenmenschen. Das Wort hat der Ikarus, immer ein Weggefährte im Mattheuer'schen Weltbild, im Jahr 1996: Er erhebt sich wieder, zuvor gefallen mit seinen bunten Flügeln und dennoch die bedrohlichen neuen Wolkenmassen spürend.

Erwähnenswert ist die harmonische Hängung, die strukturierte Blickachsen durch die Bilderwelten ermöglicht.

Fazit: Eine würdige Werkschau. Nicht verpassen!
D.M.



Wolfgang Mattheuer, »Kirchturm und Buche«, 1989, Öl auf Hartfaser, 70 x 50 cm
Foto: Galerie Schwind



Wolfgang Mattheuer, »Stilleben im Atelier«, 2002, Acryl auf Sperrholz, 100 x 80 cm
Foto: Galerie Schwind

Zum wiederholten Male stand die Radsportlegende Gustav-Adolf Schur vor den Toren der sogenannten »Hall of Fame« des deutschen Sports. Einlass wurde erneut nicht gewährt.

Zur Begründung, die erforderliche Stimmenmehrheit, um aufgenommen zu werden sei nicht vorhanden, ist scheinheilig.

Im Vorfeld der Entscheidung machten besonders Dopingopferverbände Stimmung gegen seine Aufnahme. Aber nicht nur die, auch Sportfunktionäre aus den »alten Bundesländern« stimmten schon vor der ersten Entscheidung zur Nichtaufnahme im Jahr 2011, gegen den Friedensfahrtsieger.

Das Kuratorium Friedensfahrt »Course de la Paix« und der Verein Radfreizeit, Radsportgeschichte und Friedensfahrt e. V. erklärten Ende April ihr Unverständnis. »Wir sehen in

dieser Entscheidung im Falle der Persönlichkeit Gustav-Adolf Schur, eine politische Linie, die gerichtet ist auf eine Verdammung alles dessen, was im östlichen Teil Deutschlands in den Jahren 1949 bis 1989 erreicht und nicht erreicht wurde. Erfolge aus diesen Jahren werden mit Maßstäben gemessen, die zum Zeitpunkt des Erfolges nicht zur Debatte standen. Erfolge von Sportlerinnen und Sportlern aus dem westlichen Teil Deutschlands aus jener Zeit, werden nicht so hinterfragt... Beide Vereine sind sich einig, eine »Hall of Fame« des deutschen Sports sollte die Leistungen von Sportlerinnen, Sportlern, Trainerinnen, Trainern und Funktionären würdigen.«

Würdigung – Fehlannonce

Auch wenn das »Radsportmuseum Course de la Paix« nicht den Anspruch hat, eine Ruhmeshalle zu sein. Eines ist sicher, der zweifache Friedensfahrtsieger ist dort mit seinen Leistungen genauso präsent, wie alle anderen Einzelsieger dieses über viele Jahre hinweg härtesten Amateur-Etappenrennens. Egal aus welchem Land sie kamen. Ihre Leistungen sind in diesem Museum gewürdigt. Im Gegensatz zur »Hall of Fame«, kann man das Radsportmuseum in Kleinmühlungen, besuchen.

R. Fiebelkorn
Radsportmuseum Course de la Paix, 39221 Bördeland OT Kleinmühlungen, Grabenstr. 20: Di., Do., Sa. So. 13-17 Uhr geöffnet